

DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag Teltow-Fläming



2003

2008

Wir in Teltow-Fläming
Sozial – Solidarisch – Bürgernah

Inhaltsverzeichnis

Wir in Teltow-Fläming: Sozial – Solidarisch – Bürgernah	3
Wir fordern die chancengleiche Teilhabe an der leistungsstarken Entwicklung des Landkreises in Schule, Ausbildung und am Arbeitsplatz mit existenzsicherndem Einkommen.	4
Für Chancengleichheit und Lebensqualität - gegen soziale und kulturelle Verarmung	5
Für sparsamen und effektiveren Umgang mit dem Geld der Bürger, für Stabilisierung der kommunalen Finanzen	10
Unsere Stärken – Ihr Zugewinn an Lebensqualität	12
Statistische Angaben zur Arbeit der Fraktion	

Wir in Teltow-Fläming: Sozial – Solidarisch – Bürgernah

Dieses Motto unseres Wahlprogramms 2003 war stets bestimmend für unser Handeln.

Bei den Wahlen zum Kreistag am 26. Oktober 2003 erhielt die PDS 35.339 Wählerstimmen (20,42 Prozent) und konnte damit gestärkt in den Kreistag einziehen.

Gewählt wurden zwölf Abgeordnete.

Die PDS- Fraktion (jetzt DIE LINKE) ist mit eigenem politischem Profil und mit ihrem für seine Integrität geschätzten Fraktionsvorsitzenden Jürgen Akuloff im Kreistag anerkannt. Es gibt zu anderen Fraktionen, besonders in der Ausschussarbeit, funktionierende Arbeitskontakte.

Obgleich sich die parlamentarische Kultur durch die Bildung einer Koalition von SPD, CDU, FDP und Bauernverband verändert hat. Dabei wurde deutlich, dass Koalitionen mit derart unterschiedlicher politischer Ausrichtung eher hemmend wirken.

Vor diesem Hintergrund ist es unserer Fraktion dennoch in einigen wichtigen Fällen gelungen, linke Mehrheiten bzw. Mehrheiten in unserer Richtung bei Abstimmungen zu erreichen. Beispielhaft seien hier vor allem sozialpolitische Themen erwähnt.

Eine unserer Forderungen lautete 2003:

Für eine Wende in der Bildungs- und Ausbildungspolitik und bei der Förderung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Wir fordern die chancengleiche Teilhabe an der leistungsstarken Entwicklung des Landkreises in Schule, Ausbildung und am Arbeitsplatz mit existenzsichernden Einkommen.

Mit Konsequenz und Ausdauer hat die Fraktion um die Erhaltung der Schulstandorte im Kreis gekämpft. Durch ständige Kontakte zu Schulleitungen und Eltern konnte die jeweilige Situation für die konkrete Beschlussfassung im Kreistag genutzt werden. Mit Vor-Ort-Terminen in Werbig und Dahme / Mark in Verbindung mit Anfragen von Kornelia Wehlan an den Minister Rupprecht wurde die Öffentlichkeit breit informiert. Im Bildungsausschuss des Kreistages sind die Konsequenzen aus den Schülerbelegungsvorgaben und Klassenzügigkeiten dargestellt worden.

Auf Antrag unserer Fraktion wurde vom Kreistag der Arbeitsauftrag an den Landrat erteilt, alle Möglichkeiten zu nutzen die Schulstandorte, besonders die Oberschule in Dahme / Mark, zu erhalten. In der Sitzung des Kreistages am 18.02.2007 erfolgte auf nochmaligen Antrag unserer Fraktion die Berichterstattung des Landrates zur Umsetzung des Beschlusses des Kreistages zum Erhalt der Oberschule „Otto Unverdorben“ in Dahme.

Im März 2008 hat der Bildungsminister des Landes Brandenburg die (teilweise) bürokratischen Vorgaben zu Schüleranmeldezahlen zurückgenommen. Es besteht Hoffnung für einen Oberschulstandort im Süden unseres Kreises.

Für Chancengleichheit und Lebensqualität - gegen soziale und kulturelle Verarmung

Unsere Fraktion ist beteiligtes Gremium bundespolitischer Veränderungen und hat sich vom politischen Hassgegner zum berechenbaren Mitgestalter aktiver Kommunalpolitik entwickelt. Besonders deutlich hat das zielorientierte Wirken unserer Partei die sogenannten Volksparteien zur Kursänderung in sozialen Fragen gezwungen. Mit dem Druck aus 17 Anfragen und abgeleiteten Anträgen zum Thema „Sozial- und Familienpass“ ist auch in der Kreisverwaltung angekommen, dass es keine Partei außer der LINKEN gibt, die soziale Forderungen abstimmungsreif in den Kreistag einbringt.

Es ist für alle Bedürftigen im Kreis ein Erfolg, dass es auf Antrag der LINKEN gelungen ist, die Verwaltung zu beauftragen, mit dem Beispiel des Luckenwalder Sozial- und Familienpasses ein Sozialpaket auszuarbeiten.

Zur Beschlussreife sind gekommen:

- die finanzielle Zuwendung durch Sachleistungen anlässlich der Einschulung 2007
- die Weiterführung der finanziellen Unterstützung von Klassenstufe 1 bis 8 durch Einzelentscheidung
- die Einführung eines Sozialtickets auf Antrag zur Fahrkostenreduzierung auf 50 Prozent

In der Prüfungsphase ist die kostenlose Einnahme eines Mittagessens in allen Schulen des Kreises durch Bildung eines gemeinsamen Finanzierungsfonds.

Grundsätzlich hat die Kreistagsfraktion eingebracht, dass alle Vorlagen, die mit der Zahlung von Gebühren, Tarifen und sonstigen Entgelten verbunden sind, entsprechende Vergünstigungen für Einkommensschwache enthalten.

Mit großer Aufmerksamkeit hat sich der Jugendhilfeausschuss unter Verantwortung von Maritta Böttcher mit den sozialen Problemen von Kindern und Jugendlichen sowie deren Eltern beschäftigt. Die kontinuierliche Bestimmung der Schwerpunkte der Arbeit des Jugendhilfeausschusses durch die Vorsitzende führte dazu, dass auf wichtigen Feldern der Kinder- und Jugendarbeit des Landkreises TF große und auch beispielhafte Arbeit geleistet wurde.

Dazu gehören insbesondere:

1. Der Prozess der Qualitätsentwicklung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit hat durch den Abschluss der Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarung (LQE) sowie durch die Erarbeitung eines Handlungskonzeptes ein hohes Niveau erreicht, so dass jetzt die Qualitätsstandards überarbeitet werden können.
2. Auf dem Gebiet des Kinderschutzes wurden Netzwerke gebildet, die wirkungsvoll in die Gesamtkonzepte der Kinder- und Jugendarbeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe Eingang gefunden haben.

3. Der inhaltliche und bedarfsgerechte Ausbau des KITA- Bereichs im Landkreis kann sich sehen lassen. Unterschiedliche Angebotsformen durch verschiedene Träger in den KITAS sichern ein breites und qualitatives Angebot für Kinder von 0 bis 6 Jahre.
4. Die Vernetzung von Jugendhilfe und Schule wird derzeit durch den Druck des Jugendhilfeausschusses und vieler Träger forciert. Dabei ging und geht es um den Personalerhalt und den Ausbau der Schulsozialarbeit, vor allem an den Grundschulen.

Eine breite Akzeptanz zu diesen Aufgaben schlägt sich auch im Haushaltsplan des Landkreises für das Jahr 2008 nieder!

Hartz IV ist und bleibt Armut per Gesetz

Seit Inkrafttreten der Agenda 2010 mit den SGB II (Hartz IV) – Gesetzen hat sich die Fraktion DIE LINKE im Kreistag intensiv mit dem grassierenden Sozialabbau beschäftigt und sich konkret mit der Umsetzung der Regelungen in der kreislichen Arge auseinandergesetzt. Obwohl wir aus grundsätzlichen Erwägungen Hartz IV ablehnen, haben wir die Betroffenen begleitet, damit alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden konnten, die Belastungen zu mindern. Dabei standen alle Kreistagsabgeordneten an der Seite der Betroffenen, was in mehreren Anfragen an die Kreisverwaltung deutlich wurde. Allein im Jahre 2007 wurden von den Kreistagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE über 65 Einzelfragen zu konkreten Problemen vorgetragen. Die Fragen

resultierten aus Informationen von Betroffenen, vom Arbeitslosenverband und von Initiativgruppen (Bündnis gegen Sozialabbau, Montagsdemonstranten u.a.).

Inhaltlich bezogen sich die Anfragen auf folgende Schwerpunkte:

1. DIE LINKE hat von Beginn der Hartz-IV-Gesetzgebung an die doppelte juristische Zuständigkeit (Grundsicherung in Verantwortung der BAG und Unterkunftskosten in Verantwortung der Kommune) kritisiert. Ein diesbezügliches Urteil vom Bundesverfassungsgericht hat uns Recht gegeben.
2. Anfragen in Bezug auf die gesetzlichen Grundlagen, wie z.B. Höhe der Regelsätze, Zugehörigkeit zu den Bedarfsgemeinschaften.
3. Unzulänglichkeiten in der Bearbeitung, die in der Struktur der Arge begründet sind. So werden nach wie vor Unterlagen der Antragssteller auseinandergerissen. Dadurch fehlen für die Beurteilung des Gesamtvorganges die Unterlagen. Die Bearbeitungszeiten sind überdurchschnittlich hoch.
4. Die Qualität der Bearbeitung ist unzureichend. Es fehlt an qualifiziertem Personal. Zunächst wurden fachunkundige Beamte im zeitweiligen Ruhestand (Postbeamte) aktiviert, die eine ungenügende Qualifikation mit brachten. Die aus den Gemeinden und Kommunen übernommene Sozialfachleute hatten teilweise befristete Arbeitsverträge mit der Arge, nicht alle sind übernommen worden.
5. Die größten Probleme treten bei der Leistungsberechnung der Unterkunftskosten auf. Die Kosten der Unterkunft, die der Kreis zu übernehmen hat, steigen ständig und werden vom

- Bund nur zu etwa 30 Prozent erstattet. Aus diesem Grunde werden die Leistungen zu den Kosten der Unterkunft durch Handlungsanweisungen des Landrates immer mehr reduziert.
- a) Es wird von der Verwaltung trotz immer steigender Nebenkosten ein durchschnittliches Mietniveau für Städte und Gemeinden festgelegt. Obwohl kein Mietspiegel vorhanden ist, wird dieses als Höchstgrenze angesetzt. Es ist kein angemessener preiswerter Wohnraum vorhanden. Trotzdem werden die Kosten der Unterkunft auf den angenommenen Höchstsatz minimiert.
 - b) Die Instandsetzungspauschale wurde vom Leistungsanspruch gestrichen.
 - c) Die Schuldzinsen bei Einfamilienhäusern werden auf die zulässige Wohnfläche/je Person reduziert.
6. Die Widersprüche und die Klagen steigen weiter bzw. bleiben auf einem sehr hohen Niveau. Unkorrekte Entscheidungen der Arge werden häufig erst nach Gerichtsentscheidungen korrigiert. Da die Verfahren vor den Sozialgerichten aufgrund der vielen Klagen immer später verhandelt werden, erhalten Leistungsempfänger über lange Zeiträume geringere Leistungen.
7. Nach Aussagen der Arge gibt es keine Probleme in der Arbeitsweise der Arge. Das können wir nicht bestätigen.

Die Umsetzung der Hartz IV- Gesetzgebung ist nach wie vor problembehaftet. Der Anspruch von Fördern und Fordern beschränkt sich weitgehend auf Aktionismus und unwirksame schikanöse Forderungen an die Betroffenen. Die statistisch ausgewiesene Senkung der Arbeitslosenquote und

die Maßnahmen zur Wiedereingliederung von ALG II-Empfänger reduziert sich bei näherer Untersuchung auf die nicht mehr als arbeitslos gezählten Ein-Euro-Jobs, unwirksame Motivations-Lehrgänge und aus den nicht mehr erfassten Betroffenen mit Vorruhestandsmaßnahmen. Wir stehen nach wie vor, unabhängig von unserer grundsätzlichen Ablehnung zu Hartz IV, der Arbeitsweise der Arge kritisch gegenüber. Die Arbeit der Arge ist unprofessionell und von sozialer Kälte geprägt. DIE LINKE wird weiterhin die kritische Auseinandersetzung begleiten.

Für sparsamen und effektiveren Umgang mit dem Geld der Bürger, für Stabilisierung der kommunalen Finanzen

Trotz katastrophaler Situation des kreislichen Haushaltes mit einem Schuldenberg von über 18 Millionen Euro ist die umsichtige Arbeitsweise des Haushalts- und Finanzausschusses unter Leitung unseres Fraktionsmitgliedes Dirk Hohlfeld ein Grund dafür, dass auch 2008 keine wesentlichen Kürzungen bei den sogenannten freiwilligen Aufgaben erfolgten. In der Legislaturperiode wurden Einsparungspotentiale – vorwiegend im Verwaltungsbereich – in Millionenhöhe dargestellt. Unsere Wertung „Hartz-IV ist Armut per Gesetz“ hat sich leider auf Dauer bewahrheitet. Die angespannte soziale Situation belastet die Kreiskasse enorm, weil die Regierungskoalition die finanzielle Verantwortung für verfehlte Sozialpolitik nicht übernehmen will. Die Lebensqualität für besonders betroffene soziale Schichten, wie Kinder und sozial schwache Rentner, wird von Einschnitten im sozialen Netz hart verschlechtert. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Gemeinden des Kreises bleibt eine Dauerforderung. Die mit Initiative der

LINKEN eingebrachte Kreisentwicklungskonzeption muss konsequent verbindlicher die Spielräume für die Entwicklung im ländlichen Raum beschreiben. Mit Entschließungsanträgen und politischen Willenserklärungen haben wir den politischen Protest des Kreistages gegen Lohn- und Sozialdumping öffentlich gemacht.

Arbeitsmarktpolitik mit den Möglichkeiten der gerechten Teilhabe am Wirtschaftsprozess überall im Kreis ist unser Bewertungsmaßstab. Die Freude über Erstplatzierungen des Kreises bezüglich Investorentätigkeit u. a. erreicht bei uns den Höhepunkt, wenn der Tisch eines Vier-Personen-Haushaltes in Dahme/Mark genau so ausreichend gedeckt ist wie der in Blankenfelde oder Mahlow. Mit unseren Anfragen und Anträgen wollen wir die Ergebnisse erfolgreicher Wirtschaftstätigkeit solidarisch und chancengleich schrittweise zum Nutzen des Kreises entwickeln. Deshalb unterstützen wir auch das Szenario zur Entwicklung der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft und die weitere Entwicklung des Biotechnologie-Parks in Luckenwalde. Wir fordern und unterstützen hochwertige, anforderungsnahe Berufsbildungsgänge und intensive Berufsw Weiterbildung. Wir kritisieren den Zustand, dass sich die Investitionskraft des Kreises (bei allen Lobeshymnen) 2008 halbieren wird. Die Eigenleistung für die Auftragsvergabe in der Region sinkt auf 9,8 Millionen Euro, was der Haushaltssituation geschuldet ist. Unsere ständigen Forderungen nach baldiger Verabschiedung eines Vergabegesetzes für das Land Brandenburg stehen auch in diesem Zusammenhang.

Unsere Stärken – Ihr Zugewinn an Lebensqualität

Mit der Fachkompetenz von vier Frauen und acht Männern ringt die Fraktion um mehrheitsfähige Problemlösungen für die Herausforderungen des Alltags.

An erster Stelle stehen sozial gerechte Antworten.

Verantwortungsvolle Kommunalpolitik heißt für uns:

Stetige Verbesserung der Lebensverhältnisse und Existenzchancen in den Gemeinden des Kreises.

Dabei sorgen wir für eine durchschaubare Politik mit größtmöglicher Bürgerbeteiligung.

Unsere acht „Vor Ort“ – Beratungen u. a. in Blankenfelde- Mahlow, Dahme/Mark, Baruth/Mark stehen für politischen Meinungsaustausch mit Wähleraufträgen.

Unsere Einladung zum Mitmachen, zur Mitgestaltung gilt immer und besonders wenn zeitweilig Politikverdrossenheit zum Ärgernis geworden ist.

Wir legen Wert auf Eigenständigkeit und haben uns in der laufenden Wahlperiode 2003 – 2008 nicht am Machtpokerspiel Koalitionsbildung beteiligt. Auch wenn der Name der Partei wechselte, wir werden Original-Rot bleiben und an den Schwachstellen des Kreises für Veränderung sorgen.

Wir sind nun „DIE LINKE“ mit Kompetenz und Realitätsnähe.

In diesen Fachausschüssen bringen wir unsere Ideen und politischen Forderungen ein:

Hans-Jürgen Akuloff, Luckenwalde:

Fraktionsvorsitzender

Kreisausschuss – Ordentliches Mitglied

Haushalts- und Finanzausschuss – Ordentliches Mitglied

Ordentliches Mitglied der Verbandsversammlung beim Zweckverband der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam

Maritta Böttcher, Jüterbog:

Fraktionsvorstandmitglied

2. stellvertretende Vorsitzende des Kreistages

Jugendhilfeausschuss – Ausschussvorsitzende

Unterausschuss Jugendhilfeplanung – Ordentliches Mitglied

Mitglied der Trägerversammlung der ARGE Teltow-Fläming

Dirk Hohfeld, Sperenberg:

Fraktionsvorstandsmitglied

Haushalts- und Finanzausschuss – Ausschussvorsitzender

Kreisausschuss – Ordentliches Mitglied

Ordentliches Mitglied des Regionalbeirates TF der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam

Ordentliches Mitglied der Verbandsversammlung des Südbrandenburgischen Abfallzweckverbandes

Peter Dunkel, Ludwigsfelde:

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport – Ordentliches Mitglied

Dr. Rudolf Haase, Luckenwalde:

Rechnungsprüfungsausschuss – Ausschussvorsitzender

Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt – Ordentliches Mitglied

Edeltraut Liese, Gölsdorf:

Jugendhilfeausschuss – Ordentliches Mitglied

Angelika Linke, Ludwigsfelde:

Kreisausschuss – Ordentliches Mitglied

Ausschuss für Gesundheit und Soziales – Ordentliches Mitglied

Hartmut Rex, Rangsdorf:

Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung – Ordentliches Mitglied

Ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft TF mbH

Ordentliches Mitglied im Polizeibeirat beim Polizeipräsidium Potsdam

Roland Scharp, Blankenfelde:

Ausschuss für Wirtschaft – Ordentliches Mitglied

Helmut Scheibe, Niedergörsdorf:

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport – Ordentliches Mitglied

Ausschuss für Gesundheit und Soziales – Ordentliches Mitglied

Konrad Tschorn, Wünsdorf:

Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung – Ordentliches Mitglied

Ausschuss für Wirtschaft – Ordentliches Mitglied

Ordentliches Mitglied der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming

Kornelia Wehlan, Luckenwalde:

Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt – Ordentliches Mitglied

Statisches Material der Legislaturperiode für die Fraktion DIE LINKE.

Kreistage:	30
Anträge:	18
Anfragen:	56
Dringliche Anfragen:	1

Beispiele:

- Kleine Anfrage zum 3. Gesetz zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes (16.02.2004)
- Kleine Anfrage zur medizinischen Versorgung im Kreis (16.02.2004)
- Kleine Anfrage der PDS-Fraktion zur Umsetzung des SGB II in Verbindung mit dem SGB III (13.12.2004)
- Kleine Anfrage der PDS-Fraktion zu Windkraftanlagen in der Gemeinde Niederer Fläming (30.05.2005)
- Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE.PDS zur Umsetzung der Hartz-IV Gesetzgebung (12.12.2005)

- Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE.PDS zur Gewährung einmaliger Beihilfen nach § 23 Absatz 3 SGB II (20.02.2006)
- Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE.PDS zur Schließung der Polizeiwachen in Zossen und Jüterbog sowie des Amtsgerichtes in Zossen (11.12.2006)
- Protestresolution gegen die Kürzung der Landeszuschüsse (22.03.2004)
- Antrag der PDS-Fraktion zum Beschluss einer Resolution zum Vorschlag einer EU - Richtlinie zur Schaffung eines Binnenmarktes für Dienstleistungen (14.02.2005)
- Antrag der PDS-Fraktion zum Weiterbetrieb der Gesamtschule in Werbig (27.06.2005)
- Antrag der Fraktion DIE LINKE.PDS zur Einrichtung eines Sozial- und Familienpasses für den Kreis Teltow-Fläming (25.06.2007)

Original sozial

www.dielinke-teltow-flaeming.de/kreistagsfraktion

V.i.S.d.P. Jürgen Akuloff